

EUROPAPARLAMENT

Wer schön sein will, lässt leiden



Gesunde Körperpflege: Oft mussten zuvor Tiere für ihre Entwicklung leiden. (Foto: Hilde Leubner)

Das Europaparlament möchte Tierversuche zur Herstellung von Kosmetikprodukten verbieten. Die Kommission ist anderer Meinung und will sich hinter internationalen Handelsabkommen verstecken.

Die Individualisierung der Gesellschaft macht auch vor den Türen unserer Redaktion nicht halt. Was Fernseher und PC für Familien sind, könnten Spülmaschine und Mikrowelle für den WOXX-Clan werden. Bisher scheiterten die meisten Pläne für aufwändige Koch- und Fress-Orgien an der selbstauferlegten Pflicht, den Abwasch schnellstmöglichst per Hand erledigen zu müssen. So gegen ein Uhr treiben gewöhnlich die knurrenden Mägen der WOXX-RedakteurInnen sie aus ihren Arbeitsräumen auf den Gang hinaus. Dort wird von Tür zu Tür gefragt "Kommst du mit raus?", und dann gehts im Rudel in die Espresso-Bar an der Ecke oder in die Braserie in der Bahnhofstraße. Jetzt hingegen entlastet die Spülmaschine vom schlechten Gewissen - Geschirr einfach reinstellen -, und es lockt die Mikrowelle... Ihre Schnelligkeit ist ein erster Pluspunkt für gestresste WoxxlerInnen. Hinzu kommt, dass die Zubereitung auf Essgeschirr oder gar im Wegwerfkarton erfolgen kann - zero vessel! Kochen also bald alle ihr eigenes Süppchen, und tragen ihr Tellerchen in ihr Büro? Droht die totale Vereinsamung der WoxxlerInnen? Bleibt vom sozialen Leben nur noch die Begegnung der Gerüche der Einzelportionen in der neuen Küche?

an dem ich so hänge", hergestellt werden, leitete Dagmar Roth-Behrendt am Dienstag die Diskussion im Europaparlament über die bereits siebte Änderung der seit 1976 bestehenden EU-Richtlinie für kosmetische Mittel ein. Hauptstreitpunkt dieser Richtlinie ist die Frage des Tierversuch-Verbots. Ein solches Verbot war bereits 1996 beschlossen worden, mit dem entscheidenden Zusatz: "sofern bis zum 1.1. 1998 zuverlässige Alternativmethoden zur Verfügung stehen". Erwartungsgemäß wusste die Industrie diese Hintertür zu nutzen und hat bis heute Tierversuche nicht aus ihren Forschungslabors verbannt.

Dennoch kommt ihnen die Kommission mit der aktuellen Gesetzes-Novelle einen Schritt entgegen: Kein Verkaufsverbot für Beauty-Produkte, bei deren Herstellung Tierversuche mit im Spiel waren – stattdessen werden Tests mit Hilfe von Tierversuchen lediglich auf dem Territorium der Europäischen Union untersagt. Wieder einmal versteckt sich Brüssel hinter der Welthandelsorganisation (WTO): Eine Richtlinie, die außereuropäischen Herstellern Vorschriften über ihre Produktionsweise mache, verstoße gegen die internationalen Bestimmungen. "Die Kommission will, dass die, die sich für eine Verbesserung der Situation einsetzen, die weiße Flagge hissen und das Schlachtfeld verlassen, bevor überhaupt klar ist, ob der Gegner bewaffnet ist", resümierte der Liberale Chris Davies in Straßburg. Tatsächlich provozierte die geplante EU-Richtlinie innerhalb der WTO bislang keinerlei Proteste von Handelspartnern.

Hintertür bleibt offen

Das Parlament schlägt nun einen Stufen-Plan vor: Substanzen, für die bereits alternative Testmethoden bestehen und dennoch Tierversu-

che nötig sind, sollen ab sofort verboten werden. Fünf Jahre nach In-Kraft-Treten der Richtlinie dürfen dann definitiv in der EU keine Kosmetika, zu deren Herstellung Tierversuche durchgeführt wurden, verkauft werden. Dieses Konzept sollte, so die Empfehlung der Abgeordneten, einem "Härtetest bei der WTO" unterzogen werden.

Dass bestimmte Duftstoffe Allergien auslösen, ist in der medizinischen Forschung mittlerweile ein alter Hut. Doch auch hier sah die Kommission keinen Handlungsbedarf. Künftig soll auch für diese Stoffe die knappe Angabe "Parfüm" in der seit 1996 erforderlichen Volldeklaration ausreichen. "Wir waren für ein totales Verbot bestimmter Stoffe", so der grüne Europaabgeordnete McKenna. So weit wollten die anderen politischen Fraktionen jedoch nicht gehen. Der Einsatz der Allergie-verdächtigen Substanzen soll eingeschränkt, vor allem aber explizit auf der Verpackung vermerkt werden. Auch die bislang nicht erforderliche Angabe eines Haltbarkeitsdatums will das EU-Parlament künftig den Herstellern auferlegen.

"Spätestens nach dieser Lesung wird die Industrie einsehen, dass wir uns zusammenfinden und zusammenraufen müssen", so Dagmar Roth-Behrendt in Straßburg. Das sah man nach der Abstimmung im Parlament im Lager der Kosmetik-Lobby etwas anders. Dem Bericht habe keine überwältigende Mehrheit zugestimmt, stellte Robert van Ganhowe der "European Cosmetic Toiletra and Perfumary Association" nach dem Votum gegenüber der WOXX fest. Die Kommission muss nun in den nächsten Monaten eine überarbeitete Version der Richtlinie vorlegen. "Wir hoffen auf die zweite Lesung im Parlament", so van Ganhowe. Und droht schon mal vorsorglich den ParlamentarierInnen: "Wir sind diejenigen, die Alternativen zu Tierversuchen entwickeln müssen. Statt uns zu entmutigen, sollte man uns motivieren und die nötige Zeit zugestehen."

kommentar

Harmoniser par le haut!

Lors de sa journée de formation de samedi, ATTAC a dressé un état des lieux de la fiscalité en Europe. Pour l'instant, l'harmonisation joue contre les intérêts citoyens.

Lors de la 2ème Fête/Faites de la Résistance pour l'humanité et contre le néolibéralisme, le 7 octobre 2000, il y avait eu l'Appel d'Esch-sur-Alzette. La suite logique de la démarche adoptée depuis, par ceux qui s'appelaient alors la coordination d'Esch ou 'Grand Est', est la journée de formation et d'informations sur la fiscalité européenne qui a eu lieu samedi dernier. Elle était organisée par le Pôle Européen de Résistance constitué de membres des groupes Attac Bruxelles, Liège, Luxembourg, Moselle, Namur, Nancy, Strasbourg, et Vosges et bénéficiait de la participation de Serge Colin, membre du conseil scientifique d'Attac France.

Cette journée proposait une conférence-débat sur l'harmonisation fiscale européenne, avec un travail préalable des groupes locaux par la transmission de documents de synthèse. Cette formation ouverte au public a pour objectif de donner la possibilité à tous d'analyser la situation fiscale en Europe et dans l'Union Européenne, et de mieux comprendre les rouages de la libéralisation sauvage des échanges et des paradis fiscaux. La situation transitoire du régime des taxations perdure depuis 1993, alors que l'harmonisation fiscale devait entrer en vigueur en 1997: la difficulté est que l'impôt constitue un élément de souveraineté du pays, ainsi qu'un choix de politique sociale. Les pays européens ne sont pas encore prêts à céder leur souveraineté à une institution européenne qui, aujourd'hui, est technocratique. Ce faisant, l'harmonisation fiscale actuelle nivelle les droits sociaux par le bas, phénomène occulté par une large désinformation. Aidé par l'ambiguïté des législations européennes transposées dans chaque état, cela favorise - voire 'légalise' - le pillage des budgets des états par le système financier néolibéral et les multinationales.

Raphaëlle Krummeich du Pôle Européen de Résistance d'Attac. ([www.attac.org/luxembourg](http://www.attac.org/luxembourg))

kommentar

Chor der Kriegsverbrecher

Die Energie, mit der die westlichen Regierungen im Fall Milosevic internationale Recht fordern, sollte uns ihre eigenen Untaten nicht vergessen lassen.

Milosevic muss verhaftet werden! Milosevic soll an das Kriegsverbrechertribunal in Den Haag ausgeliefert werden! Milosevic darf sich dem Völkerrecht nicht entziehen! So tönt es dieser Tage aus Washington und aus den Hauptstädten Westeuropas.

Was klingt wie die Reden von leidenschaftlichen MenschenrechtlerInnen, geht in Wirklichkeit von PolitikerInnen aus, die es ansonsten mit internationalem Recht nicht so genau nehmen. Bombardierungen gegen Zivilbevölkerungen, Nicht-Unterzeichnung internationaler Abkommen, Unterstützung von Regimes, die Menschenrechte mit Füßen treten, das ist derzeit für westliche Regierungen Normalität.

Wird hier mit zweierlei Maß gemessen? Die Forderung nach der Auslieferung Milosevics ist allenfalls glaubwürdig, wenn sie von NGOs ausgeht, die auch andere Kriegsverbrechen in Ex-Jugoslawien, inklusive die der NATO, angeprangert haben. Sie ist reine Hypokrisie, wenn sie nach der Vogel-friss-oder-stirb-Methode erfolgt und ausgeht von PolitikerInnen, die selber vor das Den Haager Tribunal gehören.

Ja, Milosevic soll sich verantworten für die Rolle, die er in den Kriegen in Kroatien, Bosnien und im Kosovo gespielt hat. Aber gerade in dieser - indirekten - Rolle gehören als Angeklagte an seine Seite die politischen Anführer der kroatischen, der bosnischen, der kosovarischen gewaltbereiten Nationalisten. Und die direkt für den Kosovo-Krieg verantwortlichen PolitikerInnen der Nato-Staaten, allen voran Clinton, Albright, Solana, Blair, Fischer und Scharping. Die Forderung mag verrückt klingen, doch solange sie nicht erhoben wird, bleibt die Glaubwürdigkeit der so genannten "neuen Weltordnung" gleich null. Und mit ihr die des Gerichts von Den Haag, das die einen Verbrechen bestraft und zu den anderen schweigt.

Raymond Klein ist Redakteur der WOXX

